

Friedrich-Wilhelm-Gymnasium

Köpenicker Straße - 15711 Königs Wusterhausen

- Die Elternkonferenz -

Friedrich-Wilhelm-Gymnasium * Köpenicker Straße * 15711 Königs Wusterhausen

Landesregierung Brandenburg
z. Hd. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

poststelle@mbjs.brandenburg.de

Königs Wusterhausen, 14.06.2025

Zur Bildungspolitik der derzeitigen Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Elternkonferenz des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums Königs Wusterhausen, verfolgen die Bildungspolitik der derzeitigen Landesregierung mit großer Sorge und befürchten gravierende Einschnitte im Bildungsbereich, die die Lern- und Entwicklungsbedingungen unserer Kinder erheblich verschlechtern werden.

Streichungen bei Lehrerstellen, Unterrichtsausfall, unzureichende digitale Ausstattung, Wegfall von Förderangeboten - all das erleben wir bereits jetzt. Die Folgen sind eine unzulängliche individuelle Förderung unserer Kinder, sichtbar überlastete Lehrkräfte und nicht zuletzt eine zunehmende soziale Ungleichheit im Zugang zu Bildung.

Für uns als Eltern ist diese Entwicklung nicht akzeptabel und wir sind befremdet über die derzeitigen Medienberichte zu den Plänen der Landesregierung, welche zusätzliche Einschnitte und Kürzungen im Bildungsbereich vorsehen.

Bildung ist ein Grundrecht und darf aus unserer Sicht keinesfalls dem öffentlichen Spardruck zum Opfer fallen. Eine qualitativ hochwertige, gerechte und zukunftsorientierte Bildung sollte in einer Gesellschaft Priorität haben bzw. oberstes Ziel sein.

Dieses Ziel ist jedoch aus unserer Sicht mit den folgenden von der Landesregierung geplanten Maßnahmen nicht vereinbar:

1. Wertung der Vergleichsarbeit VERA 8 als Klassenarbeit

Klassenarbeiten werden in der Regel anhand der Unterrichtsinhalte der vergangenen Wochen erstellt. Es wird davon ausgegangen, dass die Schülerinnen und Schüler grundsätzlich

alle Aufgaben lösen können. Bei VERA liegt die durchschnittliche Lösungswahrscheinlichkeit aber nur bei 50%, da auch Leistungsspitzen herausgearbeitet werden sollen. Zur Benotung eignen sie sich aus unserer Sicht daher nicht, weil davon auszugehen ist, dass unsere Kinder in diesen Arbeiten keine ihren Leistungen entsprechende Note erhalten können.

2. Reduzierung von Klassenarbeiten im Schuljahr

Laut Planungen der Landesregierung soll es zukünftig nur noch zwei verbindliche Klassenarbeiten pro Schuljahr in den Hauptfächern geben. Damit reduziert sich aus unserer Sicht die Möglichkeit für unsere Kinder, schlechte Leistungen auszugleichen. Wir befürchten, dass dadurch eine einzige Note über die Halb-/Endjahresnote unserer Kinder entscheidet, was aus unserer Sicht keine faire und allumfassende Aussage zur Leistung der Kinder darstellen kann. Es sollten daher weiterhin zwei Klassenarbeiten pro Schulhalbjahr geschrieben werden.

3. Reduzierung des Schulfahrtenbudget der Schulen

Jede Schule im Land Brandenburg erhielt bisher eine bestimmte Summe für den Bereich Schulfahrten. Aus diesem Topf wurden die Kosten für Klassenfahrten, Sprachreisen und sonstigen Bildungsreisen für die Lehrkräfte bezahlt. Dieses Budget soll im Haushalt um 40 % gekürzt werden. Daraus ergibt sich, dass entweder keine Schulfahrten mehr stattfinden oder die Kosten für die Lehrkräfte auf die Schülerinnen und Schüler umgelegt werden. Letzteres würde für uns Eltern – neben dem derzeitigen Anstieg von Ausgaben für Familien - eine weitere finanzielle Belastung darstellen. Schulfahrten sind zudem wichtig für unsere Kinder. So tragen sie nicht nur zur Erweiterung des Horizonts bei, sondern fördern auch die Selbstständigkeit und Sozialkompetenz unserer Kinder. Die geplante Reduzierung des Schulfahrtenbudgets wird daher von uns kritisch gesehen.

4. Wegfall der Bewertung von Arbeits- und Sozialverhalten

Entsprechend unserer Informationen ist die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhaltens zukünftig nur noch in Abschlusszeugnissen (Jahrgänge 4, 6, 10) vorgesehen. Aus unserer Sicht sollte Schule nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die persönliche, soziale und emotionale Entwicklung der Kinder fördern. Die Bewertung des Arbeits- und Sozialverhalten ist dafür ein zentraler Bestandteil, denn dadurch erhalten die Kinder eine wichtige Rückmeldung über ihre Selbstständigkeit, Zuverlässigkeit, Konfliktfähigkeit und ihr Engagement. Die Bewertung hilft aber auch uns Eltern zu verstehen, wie unser Kind sich im Schulalltag verhält und gibt uns ggf. Hinweise, wo das Kind Unterstützung in der Entwicklung seiner sozialen Kompetenzen benötigt. Daher sollte das Arbeits- und Sozialverhalten weiterhin bewertet werden können.

5. Weniger verpflichtende Eltern-/Entwicklungsgespräche

Eltern und Lehrkräfte haben ein gemeinsames Ziel: Kinder bestmöglich zu fördern. Durch regelmäßige Gespräche können beide Seiten Informationen austauschen, um die individuelle Entwicklung des Kindes zu verstehen und zu fördern. Eltern- und Entwicklungsgespräche helfen zudem dabei, frühzeitig auf Schwierigkeiten zu reagieren – sei es in fachlicher Hinsicht oder im sozialen Bereich. Zudem sorgen regelmäßige Austausche für ein vertrauensvolles Miteinander zwischen Lehrkräften und Eltern und tragen zu einem bildungsförderlichen und unterstützenden Umfeld bei – sowohl zu Hause als auch in der Schule. Wir als Eltern halten eine Kürzung der verpflichtenden Eltern-/Entwicklungsgespräche daher für äußerst bedenklich und lehnen diese ab.

6. Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte

Als Elternvertreterin und Elternvertreter stehen wir in regelmäßigem Austausch mit den Lehrkräften unserer Kinder. Wir schätzen ihre Arbeit und ihr Bemühen sehr, haben jedoch Sorge, dass durch eine weitere Unterrichtsstunde deren pädagogische Arbeit leidet. Viele Lehrkräfte sind schon jetzt an der Grenze der Belastbarkeit. Darunter leidet die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie die individuelle Förderung unserer Kinder. Eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung pro Lehrkraft wird die Unterrichtsqualität nicht verbessern – dafür brauchen Lehrkräfte Zeit, Energie sowie gute und wertschätzende Rahmenbedingungen.

Außerdem befürchten wir Eltern durch die zusätzliche Belastung mehr Krankheitsausfälle, was zu zusätzlichem Unterrichtsausfall führen kann, sowie ein ggf. früheres Ausscheiden der Lehrkräfte aus dem Dienst, was wiederum den Lehrkräftemangel zusätzlich verstärken würde. Daher ist die Erhöhung der Pflichtstunden aus unserer Sicht keine Lösung, sondern verschärft die Probleme im Bildungssystem.

7. Reduzierung von Anrechnungsstunden für bestimmte Aufgaben

Die Lehrerinnen und Lehrer unserer Schule leisten großartige Arbeit und kümmern sich neben dem Unterricht um eine Vielzahl außerunterrichtlicher Projekte (Organisation von Sprachreisen, Berufsorientierung, Demokratieförderung, u.v.m.). Für diese zusätzliche Arbeit hatten sie bisher die Möglichkeit, Anrechnungsstunden zu bekommen, um Zeit für diese aus unserer Sicht sehr wichtige Aufgabe zu erhalten. Wenn diese Anrechnungsstunden nun gekürzt werden, befürchten wir, dass auch diese für unsere Kinder wichtigen Projekte nicht mehr stattfinden. Schule ist mehr als ein reiner Bildungsort. Durch gemeinsame Aktivitäten fühlen sich die Schülerinnen und Schüler unserer Schule einer Gemeinschaft zugehörig und haben das Gefühl, Teil von etwas zu sein. Ohne diese außerunterrichtlichen Projekte haben wir Angst, dass dieses Gefühl verloren geht, was vor allem unter den derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen höchst beunruhigend ist.

8. Kürzungen bei der Personalausstattung der Schulen

Entsprechend von Medienberichten werden im kommenden Schuljahr 345 Stellen weniger zur Verfügung stehen und das Personalbudget wird um 50 Millionen Euro abgesenkt. Wir als Eltern möchten darauf hinweisen, dass die Personalausstattung im Bereich der Schulen bereits jetzt an der für uns erträglichen unteren Grenze angekommen ist. Offene Lehrerstellen bleiben zum Teil unbesetzt und müssen durch Quer-/Seiteneinsteiger kompensiert werden. Fachunterricht kann nicht mehr stattfinden, da entsprechend ausgebildete Fachlehrkräfte fehlen. Nimmt man die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei den Stundenzuweisungen noch hinzu, wird dies außerdem in einem Wegfall von Vertretungsreserven resultieren. Dadurch ist zusätzlicher Unterrichtsausfall vorprogrammiert. Wir als Eltern weisen darauf hin, dass bereits jetzt ein grundlegendes strukturelles Problem an unseren Schulen besteht und die geplanten zusätzlichen Kürzungen der Personalausstattung für uns als Eltern daher weder nachvollziehbar noch akzeptabel sind.

Basierend auf den zuvor genannten Punkten fordern wir Sie daher eindringlich auf, die derzeit geplanten Maßnahmen für die Bildungspolitik zu überdenken und den Bildungsbereich nicht mit weiteren Einsparungen zu schwächen, sondern sowohl finanziell als auch strukturell zu stärken. Es braucht aus unserer Sicht dringend mehr Investitionen in Personal und Ausstattung unserer Schulen, um diesen die Zeit und Möglichkeiten einzuräumen, welche für die fachliche Ausbildung sowie die Stärkung sozialer Kompetenzen unserer Kinder erforderlich sind. Außerdem sollte in weitreichende Unterstützungs- und Förderungsangebote investiert werden - für Kinder jeder Herkunft.

Wir als Eltern stehen bereit, unseren Beitrag zu leisten – aber wir erwarten von der Landesregierung, dass auch sie ihrer Verantwortung nachkommt. Unsere Schulen dürfen nicht die Leidtragenden einer aus unserer Sicht verfehlten Sparpolitik werden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Elternkonferenz des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums
Königs Wusterhausen